

KONGO

## Raubbau der Rohstoffe



*Parlamentspräsident Vital Kamerhe, 49, über den Krieg im Kongo und die Mitschuld der Industriestaaten*

**SPIEGEL:** Warum schafft Ihre Regierung es nicht, den Osten des Kongo zu befrieden?

**Kamerhe:** Nach dem Friedensabkommen von 2002 wurden die Verbände der Rebellen in die Armee aufgenommen. Deshalb bestehen unsere Truppen aus regulären Soldaten und ehemaligen Milizionären. Diese Armee ist fragil, frustriert, unterwandert – so kann man Frieden nicht durchsetzen.

**SPIEGEL:** Die Soldaten überfallen Zivilisten, plündern und vergewaltigen.

**Kamerhe:** Alle für Massaker Verantwortlichen gehören vor ein internationales Gericht. Wir hatten wegen des Kriegs im Osten noch keine Zeit für die Reform der Sicherheitskräfte und der Justiz.

**SPIEGEL:** Rebellenführer Laurent Nkunda, Ihr Hauptgegner, behauptet, er müsse die Tutsi im Osten vor den Hutu-Killern schützen, die 1994 nach dem Völkermord in Ruanda in den Kongo flüchteten.

**Kamerhe:** Das ist nur ein Vorwand. Heute gibt es in der kongolesischen Armee Tutsi-Generäle, Tutsi arbeiten in staatlichen Unternehmen. Ihr bester Schutz sind die Institutionen der Republik, nicht eine Rebellenarmee.

**SPIEGEL:** Treibt nicht der Kampf um Rohstoffe den Krieg an?

**Kamerhe:** Unser Land ist ein geologischer Sonderfall. Wir haben kostbare Bodenschätze wie Coltan, Gold und Diamanten. Unsere Rohstoffe werden von den Nkunda-Rebellen abgebaut, der Verkauf läuft über Ruanda. Großkonzerne in China, Russland, Europa und den USA sind Abnehmer. Sie sind für diesen Raubbau mitverantwortlich. Wir ziehen eine legale Nutzung vor.

**SPIEGEL:** Der Uno-Sicherheitsrat will seine 18 000 Blauhelme um 3000 Mann verstärken. Reicht das?

**Kamerhe:** Wir brauchen die internationalen Truppen für den Schutz der Bevölkerung. Daneben muss es politische Gespräche mit Nkunda geben und dazu diplomatische Bemühungen, um die Beziehungen zwischen Kongo und Ruanda wiederherzustellen. Das braucht Zeit. Vorab wünschen wir uns ein EU-Kontingent – 850 Mann könnten helfen, die humanitäre Katastrophe zu stoppen.

USA

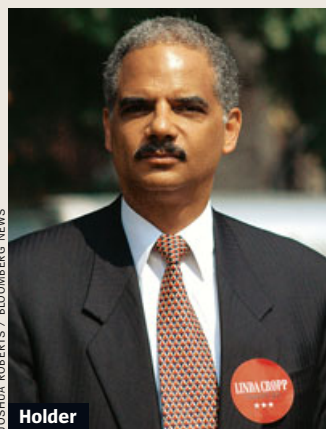
## Gezähmte Clintons



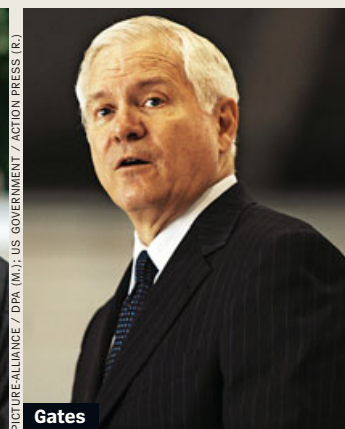
Clinton, Obama



Daschle



Holder



Gates

Ende dieser Woche soll Hillary Clinton zur Außenministerin in der Regierung Obama ausgerufen werden. Die Voraussetzung dafür schuf Bill Clinton, wenn auch äußerst widerstrebend. Obamas Team ver-

langt ihm viel ab, unter anderem vollen Einblick in die Finanzen seiner Stiftung. Der 44. Präsident will ein „Team der Rivalen“ aufstellen, ein Kabinett aus starken Persönlichkeiten und früheren Gegnern

ISLAND

## Autobahn der Gier

Die Finanzkrise, die Island an den Rand des Staatsbankrotts brachte, führt nun zu politischen Auseinandersetzungen. Bei Massenaufmärschen, die für das kleine Inselreich im Nordatlantik ungewöhnlich sind, forderten Demonstranten den Rücktritt der Regierung und einen Richtungswechsel: Island soll Mitglied der Europäischen Union werden und den Euro als Währung einführen. Die neue Protestbewegung wird von prominenten

Schriftstellern wie Kristin Helga Gunnarsdottir angeführt. „Die Regierung saß am Steuer eines Busses ohne Bremsen und fuhr mit Vollgas auf der Autobahn der Gier“, sagt sie. An der Wut ändern auch die bewilligten Kredite des Internationa-



Demonstrantinnen in Reykjavík

nach dem Vorbild Abraham Lincolns. Obama will alle einbinden, aber es soll auch nach einer Demonstration seiner Souveränität und Stärke aussehen.

Einige alte Clinton-Vertraute hat er schon für Kabinettsposten vorgesehen. Eric Holder, der bei Bill Clinton Vize-Justizminister war, soll unter Obama Justizminister werden. Er wäre der erste Schwarze in diesem Job. Clintons ehemaliger Stabschef John Podesta ist Leiter des Übergangsteams, Greg Craig, der Clinton im Amtsenthebungsverfahren wegen der Lewinsky-Lügen verteidigte, wird einer seiner wichtigsten Berater. Als Finanzminister ist seit verganginem Freitag Timothy Geithner, Chef der Notenbank in New York, im Gespräch. Eines der entscheidenden Projekte in Obamas erster Amtszeit soll die Gesundheitsreform werden – und da ist für den künftigen Präsidenten Erfahrung wichtiger als „Wandel“: Als Gesundheitsminister will er einen der größten Insider Washingtons ernennen, den ehemaligen Senator Tom Daschle.

Offen bleibt hingegen, ob Obama Republikaner in die Regierung holt. Als Wunschkandidat gilt der gegenwärtige Verteidigungsminister Robert Gates, aber der scheint unentschlossen zu sein, ob er im Amt bleiben soll; eine Alternative wäre Senator Chuck Hagel aus Nebraska.

Arnold Schwarzenegger könnte vermutlich Energieminister werden, will aber wohl mehr. In der vergangenen Woche rief Obama beim kalifornischen Gouverneur an, der sich im Wahlkampf über seine „dürren kleinen Ärmchen“ lustig gemacht hatte. Der gewählte Präsident versprach, im Weißen Haus ein großes Fitnessstudio einrichten zu lassen und sich Muskelmasse anzutrainieren. Er lud Schwarzenegger ein, ihm dabei zu helfen. „Nur wenn Sie mir beim Basketballspielen helfen“, antwortete der Gouverneur.

len Währungsfonds wenig, die Banken und private Einlagen von Hunderttausenden Sparern aus ganz Europa retten sollen. Die konservative Unabhängigkeitspartei von Premier Geir Haarde, die seit über 20 Jahren das Land regiert, stürzt in Umfragen ab, der sozialdemokratische Koalitionspartner dagegen steigt mit seiner Pro-EU-Haltung auf. 90 Prozent der Isländer fordern laut einer Umfrage zudem den Rücktritt von Notenbank-Chef David Oddsson. „König Dabbi“ war zuvor 13 Jahre lang Ministerpräsident und gehörte zu den hartnäckigsten Gegnern eines EU-Beitritts. Damals ging es Island mit seinen reichen Fischbeständen und dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt allerdings noch gut.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

## Rechter Aufmarsch

Mit Gummiknüppeln und Schilden stellten sich 1300 Polizisten im nordböhmischem Litvínov rund 600 Rechtsradikalen in den Weg. Daraus entstand eine wüste Prügelei, die in Tschechien für Aufregung sorgt. Bislang trieben die Neonazis ihr Unwesen weitgehend unbeachtet und ohne Straßenschlachten mit den Ordnungskräften.

Ultrarechte Parteien, die sich unter anderem auf Skinheads stützen, erreichten in Wahlen und Umfragen kaum messbare Werte. Die politischen Verhältnisse in Tschechien sind damit anders als in den Nachbarstaaten: In der Slowakei beispielsweise sitzt die rechtsradikale Nationalpartei unter ihrem Vorsitzenden Ján Slota sogar in der Regierung. In Ungarn wiederum werden die Extremisten von der größten Oppositionspartei unter Viktor Orbán umworben. Die tschechischen Ultrarechten pflegen Kontakte mit der deutschen NPD, nach deren Vorbild haben sie sich für Skinheads von



ROLAND GEISEHNER / ATTENZIONE

Neonazis in Litvínov

IRAN

## Stoff für die Bombe

Im Nuklearkonflikt mit dem Westen ist die iranische Regierung nicht zu Zugeständnissen bereit, im Gegenteil. „Die großen Mächte, die sich gegen die Islamische Republik verschworen haben“, droht Präsident Mahmud Ahmadinedschad, „werden den Widerstand der iranischen Nation noch zu spüren bekommen.“ So reagierte er auf den jüngsten Bericht der Internationalen

Atomenergiebehörde (IAEA). Die Analyse löste in den Regierungszentralen „große Besorgnis“ aus, so Javier Solana, Chefdiplomat der EU. In ihrem Report beklagen die Experten Irans „mangelnde Kooperation“ und stellen fest, dass die Mullahs in den vergangenen drei Monaten 150 Kilogramm niedrig angereichertes Uran produziert haben. Insgesamt sollen sie nun über 630 Kilo verfügen – fast genug, um ausreichend Material für einen nuklearen Sprengsatz herzustellen. Ende des Jahres dürften in der Atomanlage Natans 6000 Zentrifugen zur Anreicherung laufen, Anfang 2009 könnten noch einmal 3000 in Betrieb gehen. Mit jeder neuen Kaskade steigt die Kapazität, anzureichern. Sollte Teheran der IAEA den Zugang zu seinen Zentrifugen verwehren und verstärkt Uran anreichern, wäre es „vielleicht nur eine Frage von Monaten“, so ein Experte in Wien, bis genug Stoff für die Bombe vorhanden sei. Nach Einschätzung der US-Geheimdienste könnte Iran Ende 2009 atomwaffenfähig sein.



TEMMOR / SIPA PRESS

Präsident Ahmadinedschad in Nuklearanlage Natans